

Auf dem Weg zu einem neuen Arbeitszeitparadigma? Einstellungen in der Bevölkerung zu Gewerkschaftsforderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung

Maximiliane Reifenscheid, Katja Möhring, Sophia Hamdorf

AUF EINEN BLICK

- Der Impuls untersucht Einstellungen zur gewerkschaftlichen Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich.
- Trotz breiter Unterstützung in der Bevölkerung bestehen traditionelle Konfliktlinien: Gewerkschaftsmitglieder befürworten die Forderung, während Führungskräfte und Selbstständige sie eher ablehnen.
- Besonders junge Menschen unterstützen die Forderung, was auf eine zunehmende Bedeutung von individuellen Entscheidungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit hindeutet.

FORDERUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN NACH EINER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

In den letzten Jahren ist in Deutschland das Thema der Arbeitszeitverkürzung wieder in die öffentliche Debatte gerückt und die Gewerkschaften haben Verhandlungen über die Arbeitszeit auf die Agenda gesetzt. Es wurden Tarifverträge ausgehandelt, die darauf abzielen, den Beschäftigten mehr Rechte in Bezug auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit einzuräumen. Die Gewerkschaftsforderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung lösen, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen, Reformdruck aus. Zu diesen Entwicklungen gehören (1.) die steigende Frauenerwerbstätigkeit mit wachsenden Anforderungen an Vereinbarkeit von Beruf und Familie, (2.) der zunehmende Fachkräftemangel in Verbindung mit der demografischen Entwicklung und (3.) die Digitalisierung mit

der Ausweitung von Möglichkeiten neuer Arbeitsmodelle. Große mediale Aufmerksamkeit erhielt 2018 in Baden-Württemberg die Tarifforderung der größten deutschen Gewerkschaft IG Metall, die nicht nur einen individuellen tariflichen Anspruch auf eine befristete Arbeitszeitverkürzung beinhaltete, sondern auch einen partiellen Lohnausgleich durch die Arbeitgebenden. Das Verhandlungsergebnis umfasste, neben Lohnsteigerungen, einen Anspruch auf eine Kürzung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden pro Woche für bis zu 24 Monate sowie die Möglichkeit zur Umwandlung eines tariflichen Zusatzgelds in zusätzliche Urlaubstage mit Teilkostenübernahme durch die Arbeitgebenden für Beschäftigte mit Sorge- oder Pflegeverantwortung.¹

Im Kontext aktueller Tarifaueinandersetzungen wird in diesem Impuls die Forderung der IG Metall aus

dem Jahr 2018 aufgegriffen und folgenden Fragen nachgegangen: Welche Bevölkerungsgruppen unterstützen das Recht auf Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich? Kann die IG Metall wichtige Zielgruppen der Mitgliederanwerbung, wie jüngere Beschäftigte und Frauen, erreichen? Wie hängt die individuelle Zustimmung zur Forderung der IG Metall mit der politischen Einstellung zusammen?

Die Analysen basieren auf Daten des German Internet Panels (GIP) vom Juli 2018 und wurden von Maximiliane Reifenscheid und Katja Möhring 2023 in der Zeitschrift *Industrielle Beziehungen* veröffentlicht.² Das GIP arbeitet mit einer nach strengen statistischen Vorgaben zufällig gezogenen Bevölkerungsstichprobe, die repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung in Privathaushalten ist.³ Die Einstellungen zur Arbeitszeitverkürzung wurden mit der folgenden Frage erhoben: „Im Januar und Februar diesen Jahres hat die Gewerkschaft IG Metall in den Tarifeinverhandlungen in der Metallbranche neben Forderungen zu Lohnsteigerungen auch ein Recht auf Arbeitszeitverkürzung bei partiellem Lohnausgleich durch die Arbeitgeber gefordert. Wie stehen Sie zur Forderung der Gewerkschaft nach einem Recht auf Arbeitszeitverkürzung (bei partiellem Lohnausgleich)?“ Die Befragten konnten auf einer fünfstufigen Skala antworten, die von starker Unterstützung (1) bis zu starker Ablehnung (5) reichte.⁴ Für die Analyse wurde die Skala umgedreht, sodass höhere Werte eine größere Zustimmung anzeigen. Die Ergebnisse basieren auf den Antworten von N = 2.426 Personen. Für weitergehende Analysen

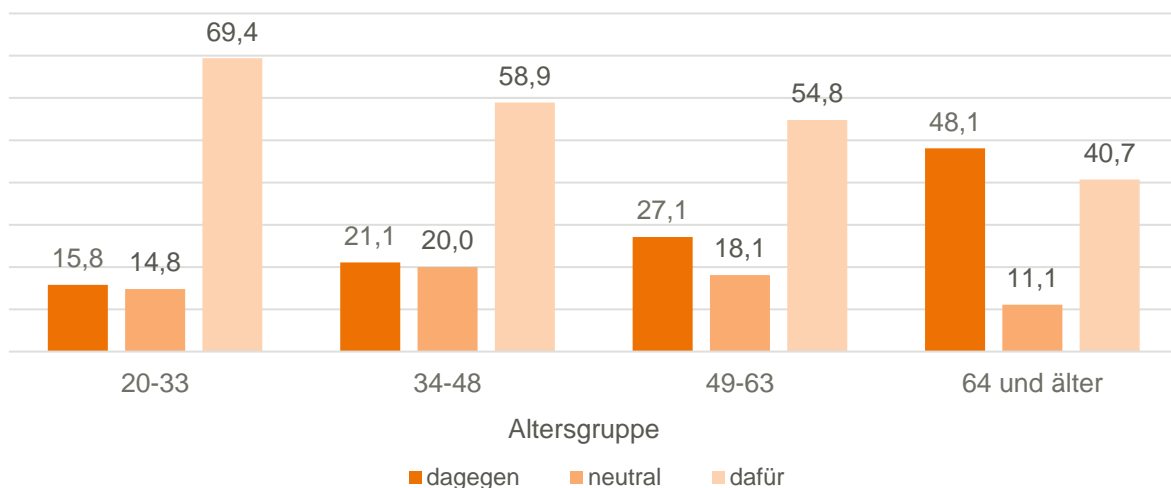
nach beruflichen Merkmalen wurde die Stichprobe auf N = 1.181 erwerbstätige Personen reduziert.

UNTERSTÜTZUNG DER FORDERUNG NACH EINER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Insgesamt besteht in der Bevölkerung eine hohe Zustimmung zu der Gewerkschaftsforderung nach Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich: 61 % stimmen entweder „voll und ganz“ (18 %) oder „eher“ (43 %) zu. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Zustimmung zu der Forderung der Gewerkschaften, aufgeteilt nach vier Altersgruppen. Die Zustimmung nimmt von der jüngsten zur ältesten Gruppe der Befragten allmählich ab. Diese bezeichnenden Unterschiede zwischen den Altersgruppen können auf eine Veränderung der Einstellungen über die Generationen hinweg hindeuten, aber auch auf eine unterschiedliche sozioökonomische Zusammensetzung der Altersgruppen zurückzuführen sein. Dies wird in den folgenden multivariaten Regressionsanalysen weiter untersucht, in denen soziodemografische Merkmale, politische Einstellungen, und andere persönliche Charakteristika einbezogen werden. Die Ergebnisse dieser Analysen bestätigen den negativen Zusammenhang zwischen Alter und der Unterstützung der Forderung.

Auf Grundlage der multivariaten Regressionsmodelle werden die durchschnittlichen Zustimmungswerte für verschiedene sozioökonomische Gruppen von Erwerbstätigen berechnet, jeweils unter Kontrolle der sozioökonomischen Profile dieser Gruppen.

Abbildung 1: Unterstützung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nach Altersgruppe in Prozent



Anmerkung: Antwortkategorien „lehne ich voll und ganz ab“ und „lehne ich eher ab“ zusammengefasst zu „dagegen“, „unterstütze ich voll und ganz“ und „unterstütze ich eher“ zusammengefasst zu „dafür“; „neutral“ steht für die Antwort „weder noch“. N = 2.426.

Quelle: GIP Wellen 36, 31, 28; Abbildung 1 in Reifenscheid/Möhring (2023).

Abbildung 2 zeigt ausgewählte Ergebnisse dieser Berechnungen. Die durchschnittliche Positionierung bezüglich der Forderung liegt auf der Unterstützungsskala von 1 bis 5 bei 3,4 Punkten. In Bezug auf weitere Merkmale zeigen sich folgende Ergebnisse: Je höher die berufliche Stellung und je höher das Einkommen, desto geringer fällt die Unterstützung für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aus. So liegt die Positionierung auf der Unterstützungsskala unter Personen mit weniger als 1.500 Euro persönlichem monatlichem Nettoeinkommen bei 3,5 Skalenpunkten, bei Personen mit mehr als 3.000 Euro monatlichem persönlichem Nettoeinkommen bei 3,1 Skalenpunkten. Bei Personen ohne Führungsverantwortung liegt die Unterstützung bei 3,5 Skalenpunkten, bei jenen in Managementpositionen bei 3,2 Skalenpunkten. Unter Gewerkschaftsmitgliedern liegt die Unterstützung bei 3,8, unter Selbstständigen bei 3,1 Skalenpunkten. Personen, die die Forderung unterstützen, zeigen sich durchschnittlich unzufriedener mit der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Es bestehen jedoch keine wesentlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Personen mit und ohne Kinder (siehe dazu Reifenscheid und Möhring, 2023).

Die Unterstützung der Forderung nach einem Recht auf Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich unterscheidet sich auch nach Partei-Neigung. Die größte Zustimmung findet die Forderung bei

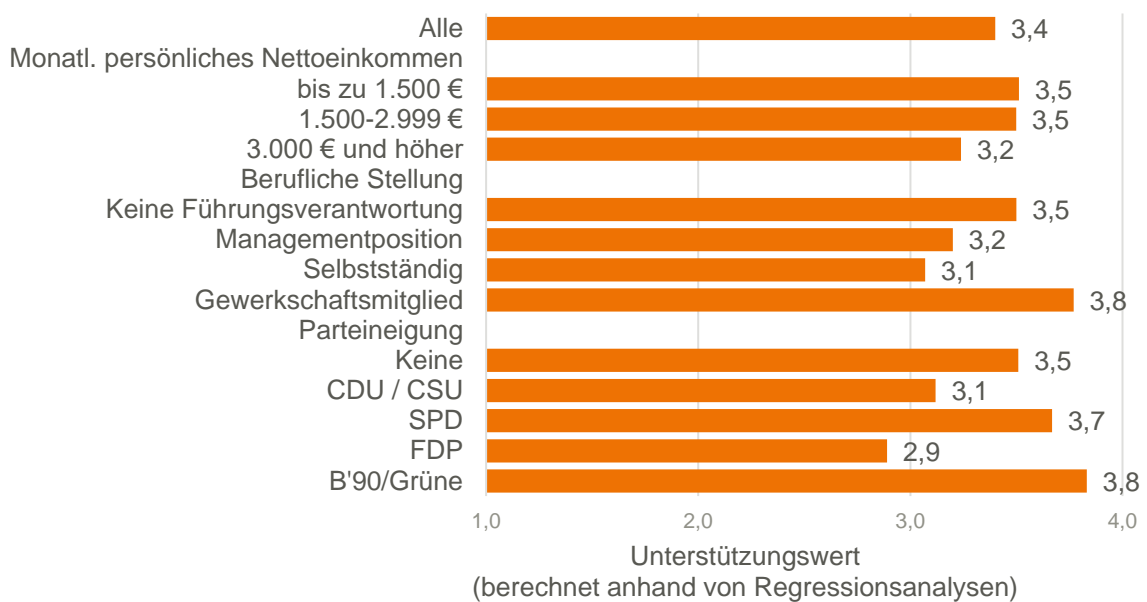
Anhänger*innen der Grünen. Bei ihnen liegt die Unterstützung bei 3,8 Skalenpunkten. Die geringste Unterstützung findet sich mit 2,9 Skalenpunkten bei Anhänger*innen der FDP. Anhänger*innen der SPD und jene der CDU fallen mit Unterstützungswerten von 3,7 bzw. 3,1 Skalenpunkten dazwischen. Die Unterschiede zwischen den Anhänger*innen der CDU, der FDP und der AfD sind nicht statistisch erheblich.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Impuls untersuchte die individuellen Einstellungen in der Bevölkerung zur Gewerkschaftsforderung nach einem Recht auf Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich, die die IG Metall in die Tarifverhandlungen 2017/18 eingebracht hatte. Die Ergebnisse zeigen, dass die Forderung auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung stößt.

Zudem weisen die Ergebnisse der Analysen auf das Bestehen traditioneller Konfliktlinien hin: Gewerkschaftsmitglieder sind für die Forderung, während Gutverdienende, Führungskräfte und Selbstständige sie eher ablehnen. Es wird jedoch auch deutlich, dass die Unterstützung des Rechts auf Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich über traditionelle Konfliktlinien hinausgeht.

Abbildung 2: Unterstützung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nach individuellen Charakteristika



Anmerkung: Zustimmung zur Forderung nach einem Recht auf Arbeitszeitverkürzung bei teilweisem Lohnausgleich mit 1 = starke Ablehnung bis 5 = starke Zustimmung. N = 1.181 erwerbstätige Personen; N = 1.056 für berufliche Stellung.
 Quelle: GIP Wellen 36, 31, 28; eigene Berechnungen auf Basis von Reifenscheid/Möhring (2023): Regressionsmodelle 2 und 3 in Tabelle 2.

Bezogen auf die Partei-Neigung ist die Unterstützung für die gewerkschaftliche Forderung bei Anhänger*innen der Grünen am stärksten – stärker als bei Anhänger*innen der Linken, deren Parteiververtretung in der Vergangenheit eine allgemeine Arbeitszeitreduktion am deutlichsten öffentlich befürwortete, und stärker als bei den Anhänger*innen der traditionell gewerkschaftlich orientierten SPD. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine weitere Konfliktdimension (freiheitliche vs. konservative Werte) wichtig ist, um die Positionierung bezüglich der Unterstützung für die Forderung der IG Metall nach einem individuellen Recht auf Arbeitszeitverkürzung mit partiellem Lohnausgleich zu verstehen. Auf diesen Aspekt deutet auch das starke Altersgefälle in der Zustimmung hin. Die stärkere Unterstützung unter Jüngeren könnte ein Zeichen für einen grundsätzlichen Wertewandel hin zu einer größeren Bedeutung individueller Entscheidungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Arbeitszeit in der jüngeren Generation sein. Allerdings kann auf Grundlage der vorliegenden Querschnittsdaten nicht geprüft werden, ob es einen Generationenwandel gibt oder ein Lebenszykluseffekt beobachtet wurde.

Wie sind die Ergebnisse der Analyse im Kontext der aktuellen Tarifeinsetzungen bei der Deutschen Bahn einzuordnen? Hier sind drei Ergebnisse hervorzuheben: Die Unterstützung für die gewerkschaftliche Forderung ist besonders hoch bei Jüngeren, bei Gewerkschaftsmitgliedern sowie bei Personen, die mit den Vereinbarkeitsoptionen von Beruf und Privatleben unzufrieden sind. Durch die Forderung kann die Gewerkschaft somit einerseits die Bindung zu bestehenden Mitgliedern stärken, andererseits aber auch, für neue Mitglieder unter jüngeren Beschäftigten attraktiver werden.

Literatur

- 1 IG Metall. 2018. „Ein starker Tarifabschluss: Mehr Geld und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit“. Pressemitteilung Nr. 22/2018. <https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/ein-starker-tarifabschluss-mehr-geld-und-mehr-selbstbesti>, zugegriffen: 29.01.2024.
- 2 Reifenscheid, Maximiliane und Katja Möhring. 2023. Towards a new working time paradigm? Public support for trade union demands for working time reduction. *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 29/3+4, DOI: [10.3224/indbez.v29i3.02](https://doi.org/10.3224/indbez.v29i3.02).
- 3 Blom, Annelies G., Christina Gathmann und Ulrich Krieger. 2015. Setting up an online panel representative of the general population: The German Internet Panel. *Field Methods* 27/4: 391–408, DOI: [10.1177/1525822X15574494](https://doi.org/10.1177/1525822X15574494).
- 4 Blom, Annelies G., Marina Fikel, Sabine Friedel, Jan Karem Höhne, Ulrich Krieger, Tobias Rettig, Alexander Wenz und SFB 884 'Political Economy Of Reforms', Universität Mannheim. (2019): German Internet Panel, Welle 36 (Juli 2018). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6956 Datenfile Version 1.0.0. DOI: [10.4232/1.13389](https://doi.org/10.4232/1.13389)

Über die Autorinnen

Maximiliane Reifenscheid, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Familie und Arbeit an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg sowie an der Universität Kassel im Fachgebiet Methoden der empirischen Sozialforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung sowie der Erforschung von Einstellungen zu Sozial- und Familienpolitik.

Prof. Dr. Katja Möhring, Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie, insbesondere Familie und Arbeit an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg sowie Fellow im DIFIS Forschungsfeld 4 „Lebensläufe und Sozialpolitik“ und External Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Forschungsschwerpunkte: Geschlechterungleichheiten in Erwerbsbiografien und Alterseinkommen sowie vergleichende Wohlfahrtsstaats- und Einstellungsforschung.

Sophia Hamdorf, Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Familie und Arbeit an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation sind ausschließlich die Verfasserinnen verantwortlich.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen); Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg; Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: www.difis.org; Twitter/X: @difis_org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, Januar 2024

Inhaltliche Betreuung: Miriam Laschinski

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

ISSN: 2748-680X